



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hoffmann, Karl: Die akademische Jugend und die Parteien. 2.
Gemeinschaftsgefühle und politische Kraft

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die akademische Jugend und die Parteien

Von Dr. Karl Hoffmann

II. Gemeinschaftsgefühle und politische Kraft.



Es gibt im studentischen Leben gewisse Erscheinungen, die von den Parteien und ihrer Presse meist unbeachtet bleiben oder in der Tat nicht bemerkt werden. Nichtsdestoweniger sind sie — zwar unbewußt — ein scharfes Merkmal positiver Regungen. Aber eben hierin, in der hochfahrenden Geringschätzung dieser Vorgänge und in diesen Vorgängen selbst deutet sich vielleicht der feinste heimliche Unterschied zwischen den überständigen und den feinhast wartenden Kräften des politischen Schaffens an. Ich greife einige Beispiele heraus, wie sie mir gerade zur Hand sind.

Im vorigen Sommer begab es sich, daß eine neue studentische Vereinsart gegründet wurde, die „akademische Gilde Verbandi“. Diese akademische Gildenbewegung, die aus der „Wandervogelkultur“ hervorgegangen ist und sich zu dem überlieferten studentischen Verbindungswesen in einen gewollten Gegensatz stellt, erstreckt sich bereits auf fünf bis sechs Universitäten und führt dort in ihren Niederlassungen neben der Gesamtbezeichnung Verbandi auch die örtlichen Namen „Nibelung“ und „Pachanten“. Nur ein paar Provinzblätter brachten darüber knappe Notizen, und für den oberflächlichen Blick hat der äußere Eindruck dieser kleinen Neubildung ohne Zweifel etwas Erheiterndes. Trotzdem sollte man sie ernst nehmen. Denn sie ist ein Symptom von mittelbarem politischen Werte. Ihr charakteristischer Wert liegt weniger in den spreizend zur Schau getragenen germanischen Urgefühlen voll dunkler mythischer Sehnsucht, die sich im Namen ausdrücken, sondern dieses völkische Gepränge weist nur auf den Weg. Und der Weg führt zunächst darauf, daß der innere Gegensatz zu dem studentischen Verbindungsleben nur ein scheinbarer ist. Denn die neue Gilde ist selber eine Verbindung in der Linie der national gesonnenen Jugendströmung; es tritt in ihr bloß ein Verbindungsleben auf, das die formale Tradition abwirft und nach anderen Formen sucht und das doch wieder mit seinem Wandervogelhabitus auf ganz alte Traditionswerte, auf den Typus des fahrenden Scholaren, zurückgreift. Das Wesentliche aber liegt darin, woher und wie so etwas entstand.

Das ganze Gehaben verweist auf den rechten Flügel der Freideutschen und somit in einer weiteren Verfolgung der ersten Ursprünge auf die freideutsche Herkunft. Nun kommen die Freideutschen vom Freistudententum her, als dessen Abart sie anfänglich, schon wenige Jahre vor dem Kriege, sich eingefunden hatten. Daraus ergibt sich also das Bild, daß letzters gerade aus der freistudentischen Bewegung, die das Verbindungswesen nach und nach beiseite drängen, zerlegen und abschaffen wollte, eben doch die Grundidee dieses studentischen Verbindungslebens, die Idee der verschworenen Bruderschaft, von selber wieder hervortraucht und spontan sich ihre Gestaltung erzeugt. Das gleichsam irrationale und unableitbare Gefühl der Lebensgemeinschaft im brüderlichen „Bunde“, das die studentischen Verbindungen innerlich hält, ist aber ganz und gar ein organisches Gemeinschaftsgefühl, d. h. es ist, indem es sich instinkthafte auf die Tatsache einer einfach als vorhanden empfundenen Zueinandergehörigkeit stützt und davon ausgeht, zugleich gemeinschaftsbildend, während die freistudentische Gedankenwelt mit ihrer kalt durchgelüfteten Verstandeshelle überdeutlich von der mechanistischen Denkweise des endenden neunzehnten Jahr-

hundertſ herrührt. Die lebhaften geiſtigen Antriebe, welche die freſtudentiſche Bewegung dem damals etwas verſimpelten Studententum gegeben hatte, ſollen durchaus nicht verkannt werden; doch mit unnötiger Klarheit läuft ihre eigentliche Abſicht darauf hinaus, einerſeits den abſtrakten Begriff „allgemeine Studenteſchaft“ hinzulezen und andererseits die wirklichen Gliederungen dieſer Studenteſchaft aufzulöſen in eine wimmelnde Vielheit vereinzelter Individuen, um dann aus dieſen Einzelträgern eines gedachten Begriffs mit dem Wahlmodus eines rechneriſchen Verfahrens durch Summierung die Geſamtheit nachträglich herzuſtellen. Durch die Entſtehung der akademiſchen Gilde indessen wird mit einem Schlage bewieſen, wie das deutſche Studententum eine ſolche Richtung überhaupt nicht verträgt. Von innen her ſträubt ſich die eingeborene Struktur ſeiner ſozial durchgeformten Lebensart gegen die mechaniſtiſche Auffaſſungsweiſe.

Das organiſche Gemeinſchaftsgefühl ſitzt im deutſchen Studententum ſo überaus feſt, weil die geſchichtlichen Vorausſetzungen hierfür im Weſen unſerer Univerſitäten ſelber enthalten ſind. Denn mit dieſen hat ſich in lückenloſer Verknüpfung eine Geſtalt des gegliederten Selbſtverwaltungskörpers aus mittelalterlichen Zeiten bewahrt. Die *civitas academica* einer jeden Univerſität oder Hoſchule iſt eine ſelbſtändige Gemeinſchaft, die in ſich ſelbſt lebt. Und die Innigkeit des organiſchen Gefühls der verbundenen Brudereſchaft, die inſbeſondere die ſtudentiſchen Korporationen kennzeichnet, läßt ſich nur aus Urformen erklären, wo ſich neben den natürlichen Keimzellen des Soziallebens, der Familie und der Arbeitsgemeinſchaft, zum erſten Male die geiſtige Kraft der Verpflichtung durch geheimniſsvollen Schwur kund gemacht hatte. Das waren die ſogenannten Männerbünde der Vorzeit, die mannigfach gewandelt hie und da weiterleben, beipielsweiſe und vor allem auch in den Prieſterorden und Freimaurerlogen.

Nun mache man ſich klar, wie für die künftige Politik bereits heute alles darauf hinzudeuten ſcheint, daß eine organiſche Staatsgeſinnung wieder die mechaniſtiſche Staatsgeſinnung verdrängt. Dann wird man in den ſtudentiſchen Kreiſen eine latente Empfänglichkeit für die kommende organiſche Staatsgeſinnung bemerken. Und man mache ſich weiterhin klar, daß die Partei als ſolche mit den Bedingungen ihres Dafeins auf dem Parlamentarismus, dieſer jedoch auf einem mechaniſtiſch durchdachten Staatsgedanken beruht. Denn ſämtlichen Einrichtungen des parlamentariſchen Lebens liegt ſtillſchweigend folgende Vorausſetzung zugrunde: Die Gemeinſchaftskraft wächst nicht ſchichtweiſe von unten herauf, ſondern ſie wird ſchlankweg einer Abſolutheit der Staatsidee entnommen und davon abgeleitet, um von dort aus durch ein logiſches Kunſtſtück in die einzelnen verpflanzt zu werden. Nun hat aber der taiſächliche Einzelne für ſich keine wirklame gemeinſchaftsbildende Kraft, ſo daß zwiſchen ihn und den reinen Begriff, zwiſchen die Wirklichkeit der gemeinſchaftsloſen einzelnen und die bloß gedachte Einheit eine konkrete Vermittlung eingehoeben werden muß: das Vertretungssystem der Parlamente, das durch das quantitative Plus eines Rechenexempels entſteht und ebenfalls wieder das quantitative Plus eines Rechenexempels, die Mehrheit, an die Stelle der ſtaatlichen Einheitskraft ſetzt. Die Demokratie iſt nur die vollendete Durchführung einer mechaniſtiſchen Auffaſſung aller ſtaatlichen Dinge, und die freſtudentiſche Bewegung war am Ende nichts weiter als ein Abklatsch davon. Hält man ſich alles dies gegenwärtig, ſo wird es einleuchtend ſein, wie die Parteipolitik dem politiſch-ſozialen Empfindungsleben des echten ſtudentiſchen Typs verſtändnisloſ gegenüberſteht und wie auf der anderen Seite dem richtigen Studenten der Betrieb der Parteien im Grunde vollkommen fremd bleiben muß.

Ohne Frage enthält die politische Partei eine brauchbare und in bestimmter Hinsicht unerfetzliche regulative Funktion: nämlich die Aufgabe, vermöge ihres Programmes die auseinanderplitternden individuellen Meinungen über politische Angelegenheiten zu sammeln und in hervortretende Hauptrichtungen zu lenken. Doch im akademischen Korporations- und Verbandswesen sind gemeinschaftsbildende Kräfte und in diesen Kräften wieder sind wenigstens Ansätze von sozialproduktiven Fähigkeiten vorhanden, die einem scharfsichtigen Auge der bloßen Sammelfunktion der Parteien überlegen erscheinen. Der Wertunterschied der beiderseitigen lebendigen Bedeutung für die eigentliche Politik liegt nur im verschiedenen Ausmaß der Betätigungsbereiche. Die Partei wirkt unmittelbar auf das politische Geschick der Nation, das akademische Verbandswesen wirkt zunächst im begrenzten Kreise. Innerhalb dieser Kreise gehen aber mitunter Alte genossenschaftszeugender Gestaltung mit einer zielgewissen Selbstverständlichkeit und unproblematischen Sicherheit vor sich, so daß die Parteipresse mit ihrem ausgeleiterten Gehirn erst gar nicht in die Lage kommt, das Wesentliche und gleichsam Überstudentische daran zu erkennen. Zum Beispiel hat sich der Universitätsverband der Deutschen Burschenschaft im Verlauf dieses Jahres durch seine Vereinigung mit dem Rüdeshheimer Verband der Burschenschaften auf Technischen Hochschulen und mit der österreichischen Burschenschaft mindestens um das Doppelte vermehrt. Die Burschenschaft greift damit durch die Straffheit ihrer Einheitsorganisation, die Spiegelbild einer Idee und Ergebnis realer Geschichte ist, über die Reichsgrenzen in sinnbildliche Ahnungen der politischen Zukunft des Deutschtums hinaus und gleichzeitig mit sehr ausgeprägtem Wirklichkeitsinn in einen eigentümlichen und selbständigen und jedenfalls andersartigen wissenschaftlichen Lebenskreis hinein, um sich mit ihm zu verschwistern. In einem Schwunge faltet sie sich aus zur stärksten und größten akademischen Gemeinschaft, die nicht nur nach der Zahl, sondern in den Bewahrheiten des nationalen Gedankens und in der gegenseitigen Durchsättigung wissenschaftlich-sozialer Gemeinsamkeitsprinzipien den Vorrang an sich reiht. Bemerkte der subalterne Parteikopf die Kühnheit dieser leidenschaftlichen Handlung, die in solchen keineswegs papiernen Beschlüssen steckt?

Damit so etwas geschieht, genügt es nicht, bei Gelegenheit zusammenzukommen, Gelübde zu tun und gemeinsam zu singen. Man mußte hart arbeiten, halbe Nächte lang, in schnellen Wochen oder kurzen Tagen. Es galt, das Trägheitsgesetz der Entwicklung niederzuzwingen und mit einem herrischen Willen über die Schwerfälligkeit mancher Traditionen zu gebieten, die voneinander unabhängig geworden oder überhaupt sonderartig entstanden waren; es galt, auf „berechtigte Eigenarten“ zu verzichten, sich zu fügen und liebgewordene Gemütschätze und Erinnerungen geschmeidig zu machen. Gewiß gelingt es der Jugend leichter, wenn erst einmal der Wille da ist. Der Wille springt auf, flattert kurz, setzt sich fest und wird Ziel. Aber das Entscheidende liegt doch in der Rückhaltlosigkeit der inneren Aneignung dieses Ziels und der Unterwerfung unter seine Befehlskraft. Das ist nicht nur die reinere Fülle unserer Generation, sondern es ist ebenso das Zusammenschließende, Ineinanderverhaftende und sozialproduktiv Weiterwirkende im organischen Gemeinschafts-triebe. Dieser Trieb bestimmt und schreibt vor, unerbittlich wie ein Naturgesetz. Er schafft neue Formen, sobald ihm Ziele werden, an denen er wächst. Sobald erst einmal der Sinn erkannt war, daß es jetzt in der Not darauf ankommt, alle zusammenbindenden und konzentrierenden Kräfte, die es gibt oder geben könnte, bis zum äußersten anzuspannen und zu verwerten, zu vertiefen und auszudehnen, da hatte unbedingt zu geschehen und geschah in der Tat,

was notwendig sein mußte. Man mag in den Parteien ähnliche Einsichten haben; doch man ist nicht imstande, danach zu handeln. Denn obschon die Partei in der Parlamentstechnik praktisch immer nachgibt und hinter Tatsachen, Verhältnissen und Umständen herläuft, so lebt sie doch mit ihrer geistigen Wirklichkeit von einer Verschärfung der Gegensätze und Spaltungen, da sie die einseitigste Unantastbarkeit in der Geltung ihrer eigenen Grundsätze beansprucht, und zwar nicht nur theoretisch, sondern auch anschaulich, malerisch und handgreiflich im „Wahlkampf“. Hingegen der organisch empfindende Gemeinschaftsverband in der akademischen Welt ist eben deshalb, weil er sich verpflichtet fühlt, mit der unnachgiebigen Folgerichtigkeit jugendlichen Seins Ideen zu erfüllen, in seinen Entwicklungsvorgängen darauf angewiesen, vorhandene Gegensätze zu lösen und das Widerstrebende gestalterisch zu bewältigen.

Er vollzieht den schichtweisen Aufbau. Diese Tendenz zum schichtweisen Aufbau bleibt nicht auf das Leben innerhalb der Verbände beschränkt, sondern sie zeigt sich mehr und mehr bei der gesamten Studentenschaft. Sie offenbart sich dort in der sogenannten Koalitionsbewegung, d. h. in dem allenthalben vorhandenen Bestreben zur Abformung von umgreifenden Interessengemeinschaften jener großen Verbände. Die geschichtlichen studentischen „Gruppen“ sind jetzt auf und daran, ihr sogenanntes Berufswesen unter sich abzutun und je nach der Gemeinsamkeit von entscheidenden Grundrichtungen zusammenzugehen. Es entwickelt sich gewissermaßen oberhalb der bruderschaftlichen Korporationsverbände und auch über die einzelnen Universitäten und Hochschulen hinweg eine Abstufung und Ausbildung in der durchgängigen Gliederung, die mit einem bestimmten abschließenden Ereignis zu Ende zu gehen scheint, während sie gleichzeitig von den Vorauswirkungen dieses Ereignisses mit hervergerufen wurde. Dieses Ereignis ist die Gründung einer Dauerorganisation der „Deutschen Studentenschaft“, die auf dem ersten Allgemeinen deutschen Studententage im Juli dieses Jahres zu Würzburg geschah.¹⁾ Es kann möglich sein, daß der Allgemeine Studententag ohne die Revolution und ihre Begleiterscheinungen, ohne die lärmende Verherrlichung des „Mitbestimmungsrechts“ auf der einen und die soziale Bedrohung der wissenschaftlich gebildeten Klasse auf der anderen Seite, nicht zustande gekommen wäre. Aber er ist nun eben zustande gekommen, und sein Ergebnis, die Verfassung der „Deutschen Studentenschaft“ mit ihrem beschlossenen Arbeitsplan und Aufgabekreis, würde immerhin etliche Leitartikel der großen politischen Parteipresse wert gewesen sein. Man fand höchstens gelegentliche „Berichte“. Es ist einfach nicht zu verstehen, daß für dergleichen vermutlich kein Raum übrig blieb, obwohl jedesmal, wenn beispielsweise der Berliner Rote Bollzugsrat zu irgendeiner Frage mit dem üblichen Krakehl „Stellung nahm“, die schreibgewandte Schar der öffentlich Meinenden vor reger Anteilnahme aus dem Häuschen geriet.

Interessant zu beobachten ist es, wie in dieser allgemein-studentischen Verfassung eine merkwürdige Verschachtelung mechanisch-parlamentarischer Züge, die man dem modischen Demokratismus entnommen hat, mit berufsständischen und organisch bestimmten Bestandteilen statifindet. Der Grundgedanke knüpft zwar bei organischen Gesichtspunkten an, doch wird die Ausführung dieses Grundgedankens in einen parlamentarisch gedachten Rahmen gespannt. Denn allerdings richtet sich die Vertretung und Abstimmung auf den Hochschulen auf; dem Grundsatz nach wird nicht nach durchgehenden Parteien gewählt, vertreten

¹⁾ Eine eingehende quellenmäßige Darstellung dieser Verhandlungen gibt Dr. Pinterneil in Heft Nr. 10 der „Deutschen akademischen Zeitschrift“.

und abgestimmt, sondern nach Hochschulen, d. h. nach den vorhandenen und geschichtlich gegebenen Daseinsverbänden unter den Studierenden. Aber das Vertretungsrecht der verschiedenen Hochschulen ist ungleich, und die Stimmenzahl, über die eine jede von ihnen verfügt, richtet sich allein nach der Zahl ihrer eingeschriebenen Studenten; die Macht des Wahlrechts entsteht aus einer bloßen Summierung von Ziffern. Somit wird innerhalb der Hochschule die sogenannte alte Gruppenvertretung außer Geltung gesetzt, und in der praktischen Gesamtwirkung würden die verschiedenen Hochschulen etwa nur die Rolle von Wahlkreisen spielen. Tatsächlich schaltet jedoch die mechanisierende Allseitigkeit dieses Vertretungssystems sich wenigstens teilweise wieder aus; sie hemmt sich selbst durch einen berufsständischen Einschlag, insofern es daneben besondere „Fachgruppen“ gibt, die sich aus den Fachausschüssen der Hochschulen bilden und in allen Fachfragen des Studiums „selbständig beschließen“. Seine stärkste Beeinträchtigung erfährt der reine Demokratismus in der Durchführung jener parlamentarischen Denkart indessen durch einen jähen Rückgriff auf die Wesenseinheit der Einzelhochschule, der sich im Revisionsverfahren kundtut. Binnen einer vorgeschriebenen Frist kann jede schriftliche Abstimmung durch den Einspruch von mindestens drei, jeder Beschluß eines Allgemeinen Studententages durch den Einspruch von zwölf Hochschulen angefochten werden, und solche Beschlüsse oder Abstimmungen sollen ungültig sein, sobald in der Neuabstimmung zwei Drittel der Hochschulen dagegen sind. Hiernach müssen in der Neuabstimmung die Universtitäten und Hochschulen nicht nach der Zahl der ihnen zustehenden Vertreter, sondern als selbständige Einheiten rechnen. Das heißt nichts geringeres, als daß man in allen strittigen Fällen die letzte Entscheidung doch wieder in ein gegenseitiges Abwägen der natürlichen Daseinsansprüche der verschiedenen Universtitäten und Hochschulen, in die wirklichkeitsmäßige Selbstverwaltungsgemeinschaft der Studenten, verlegt; zum wenigsten wird das mechanisch-parlamentarische Vertretungssystem korrigiert durch die organischen Lebenswirkungen des Selbstverwaltungsgedankens. Und es kann auch kaum anders sein, da die selbsttätige Regelung aller wirtschaftlichen und akademischen Obliegenheiten im studentischen Interessentum, eben die Selbstverwaltung, die ursprünglichste Absicht und der hauptsächlichste Zweck ist. Der Geist der Selbstverwaltung hält die Schwerpunkte fest in der tragenden Schicht, im einzelnen „Asta“ (Allgemeinen Studentenausschuß) des örtlichen Hochschulgebildes. Es ist in der Anordnung der bestimmenden Energien ein Aufwärtsbringen von unten nach oben. Denn die Zusammensetzung des „Asta“, der selbst aus allgemeinen und gleichen Wahlen hervorgeht, wird im wesentlichen mit der betreffenden Hochschulvertretung für den Studententag übereinstimmen, so daß eine Einhelligkeit zwischen Selbstverwaltung und parlamentarischer Vertretung Platz greifen kann. Für die Wahlen zum „Asta“ gibt es Parteibildungen, die sich auf den Studententag übertragen und dort wiederefinden. Der parlamentarische Rahmen tritt von neuem hervor. Vielleicht ist es aber das Entscheidende, daß bei diesen Studentenparteien keinesfalls gewisse parteipolitische Einströmungen den Ausschlag hervorrufen, sondern daß in ihnen das „fachliche“ Bekenntnis (Theologen, Mediziner, Juristen usw.), also berufsständische Gesichtspunkte, und das „studentische“ Bekenntnis (Waffenstudenten, Wandervögel, Christliche oder konfessionelle Verbindungen usw.), also organische Gesichtspunkte der historischen Gegebenheit in der Gemeinschaft, um die Oberhand ringen. Infolgedessen kommen die Gliederung und sonderlich an den kleineren Universtitäten und Hochschulen auch die alten „Gruppen“, die großen Vereine und korporativen Verbände, in letzter Linie die Verbindungen selber, einfach durch die Wucht

ihres organisierten Zusammenhalts doch wieder zur Geltung und zu ihrem geschichtlichen Rechte.

Einstweilen steht das meiste davon noch auf dem Papier, und noch manches scheint unklar und provisorisch zu bleiben. Der Wortlaut der Verfassung enthüllt einen fast bewußtlosen Kampf zwischen dem inneren Gestaltungsstriebe der eigenen Standesnatur mit ihren organischen Beschaffenheiten und einer sich parlamentarisch aufspielenden Abhängigkeit von der Gewalt zeitgenössischer Gewöhnungen. Man darf aber hoffen: diese Abhängigkeit ist das nur zeitlich Bedingte an einer Kraft, die sich erst entfalten will. Maßgebend für den lebendigen Wert der soeben rechtskräftig gewordenen Verfassung wird sein, wie die Deutsche Studentenschaft ihren beschlossenen Arbeitsplan zu verwirklichen vermag. Der Aufgabentkreis, den sie sich mit diesem Arbeitsplan vornimmt, spannt sich zwischen zwei Ecksteinen: Interessenvertretung und Führerproblem. Die Wahrnehmung der wirtschaftlichen und Arbeitsinteressen innerhalb des eigenen Daseinsgebietes ist der naturgegebene Sinn des Selbstverwaltungsprinzips und versteht sich demnach von selbst. Es muß einleuchten, wenn die Studentenschaft wünscht, daß in den akademischen Angelegenheiten ohne ihr Wissen und ihre Beteiligung nichts Wichtiges geschieht. Aber höchst bedeutsam ist es, wie sie mit ihrer Auffassung dieser akademischen Angelegenheiten bereits jedes mögliche Befangensein in wirtschaftlicher Gewerkschaftsorganisation abstreift. Sie beansprucht die „Mitbestimmung“ in der akademischen Disziplinargerichtbarkeit und Rechte neben dem Senat, sie erstrebt ferner ihre Mitarbeit an der Hochschulreform; doch irgendeine Einwirkung auf „Berufungen“ (Besetzung von Lehrstühlen ufm.) lehnte sie ab. Die Unantastbarkeit der Wissenschaft und der Dienst für die Wissenschaft bleiben ihren Standeswünschen übergeordnet, um sie gleichsam zu rechtfertigen.

Eine ehrliche Achtung vor den immateriellen und überpersönlichen Werten und der Gedanke des Dienstes kennzeichnen den Gemütszustand des Studententages in seinem Verhältnis zu allem, was politisch sein könnte. Ungefähr fing man damit an zu erklären, daß „die Aufgabe nicht bloß in der Interessenvertretung, sondern auch in praktischer sozialer Arbeit liege“. Diese praktische soziale Arbeit, die man meint und gern leisten möchte, ist eine Wiedergewinnung des Vertrauens der breiteren Massen, ein Kennenlernen- und geistiges Helfenwollen, die Inangriffnahme eines Heilverfahrens für die Krankheit sozialer Zerklüftung in der Nation. Hier bricht ein Gefühl politischer Verantwortung auf, das zugleich aus sozialen und aus nationalen Empfindungen kommt. Weil man mit Bewußtsein im Geiste lebt und ein „Gebildeter“ ist, weil man überdies Jugend und somit die Zukunft hat, darum fühlt man sich verpflichtet, für das innere Schicksal der Nation eine Verantwortung zu übernehmen. Das Problem des Führertums ergibt sich hieraus. Es handelt sich darum, wie man wieder zum Führer des unteren Volkes werden könne, ob nur noch eine „Mitführerschaft“ möglich sei oder selbständige Führerschaft, „unabhängig gegen unten und oben“. Aber die Sendung zum Führertum wird im Innern erlebt und nicht angezweifelt.

Die Frage der Führerschaft biegt ein in die Bezirke tätiger Politik. Hier kündigt sich für die Parteien eine Gefahr und Nebenbuhlerschaft an, die in Betracht zu ziehen ihnen bisher ihr Dünkel verbot. Es kündigt sich an eine Emanzipation der geistig Lebenden von der politischen Wegweisung und Leitung durch die Parteien. Denn es gibt im studentischen Geschlecht dieses Krieges und unserer Zeit geborene Führernaturen; und in ihren noch nicht bewußt gewordenen Anlagen für Politik bringen sie gegenüber dem Landes-

üblichen Parlaments- und Parteiwesen eine seelische Überlegenheit mit. Entweder werden diese jugendlichen Elemente dereinst mit fremdem Eroberergeist in das Parteileben eindringen, um seine Struktur von innen heraus zu verwandeln und umzugestalten, oder sie verwandeln den politischen Seelenbau der ganzen Nation, so daß diese sich der Parteischablone entledigt und andere politische Freiheitsgedanken aufnimmt, aus denen sie neue Formen macht. Das braucht nicht von heute auf morgen zu geschehen. Denn außerhalb der parlamentarischen und parteiamtlichen Machthaberschaften sind in der jüngeren politischen Generation zwar die Männer, die gegenwärtig in den dreißiger Jahren stehen, vor der Hand die ausschlaggebenden; aber diejenigen, die jetzt in den Zwanzigern sind, werden erst die Entscheidung bringen.

Für die Parteien würde eines — ein Versuch, der freilich ihrem überlieferten Denkverlauf widerstreitet — die allererste Notwendigkeit sein: sie müssen endlich aufhören, in der akademischen Jugend immer nur ein Objekt der Behandlung, Bearbeitung und Beeinflussung zu sehen; sie müssen sich herbeilassen, diese akademische Jugend als ein Subjekt schaffender Kräfte zu achten.



fünfundzwanzig Jahre Deutscher Ostmarkenverein

Von Justizrat Wagner



In der Mitte des vorigen Jahrhunderts schwärmten die deutschen Idealisten in vollständiger Verkenning der eigenen staatlichen Interessen für die Polen. Man sah in den Polen in Rußland die ungerecht behandelte, unterdrückte Nation, die einen Freiheitskampf gegen den Absolutismus führte. Es gab nur wenige einsichtsvolle Männer, die die ganz unangebrachte Polenschwärmerei zurückwiesen. Unter ihnen war der damals noch jugendliche Bismarck. Er wies mit ersten Worten auf die Gefahren hin, die von seiten des polnischen Volkes unter Führung des polnischen Adels und der polnischen Geistlichkeit den preussischen Provinzen im Osten drohte. In Deutschland hatte man darauf nicht acht, man hatte auch anderes zu tun; in allen deutschen Staaten mußte man sich in Verfassung und Parlament einleben und dann mußte man sich im neuen Deutschen Reich einrichten. Unbeachtet, aber durch die Wohlthaten der preussischen Verwaltung und der deutschen Schule gehoben, entwickelte sich inzwischen das Polentum. Bismarck war es dann, der endlich in den achtziger Jahren stärkere Maßregeln gegen die Polengefahr durchsetzte, die Ausweisung der ausländischen Polen und die Errichtung der Ansiedlungskommission zur Ansiedlung von deutschen Bauern in Posen und Westpreußen. Der richtige Weg zur Festigung und Förderung des Deutschtums in der Ostmark war gegeben. Aber man hielt auch diesmal, wie so oft schon früher, nicht aus. Der Nachfolger Bismarcks, Caprivi, Reichskanzler von 1890 bis 1894 versuchte es wieder mit der Versöhnung, während der Polenführer von Koscielski sich bei dem Kaiser in günstiges Licht zu setzen wußte.

Die Kraft der Polen in Preußen wuchs. Nicht mehr allein der preussische Adel und die polnische Geistlichkeit schürten den Haß gegen alles Deutsche. In der Ostmark waren dank der preussischen Fürsorge die polnischen Knechtgestalten in freie Arbeiter und